

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

HAMILTON FISH ARMSTRONG

## Postscriptum zur EVG

Mit Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir aus der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ den folgenden Artikel des Herausgebers der Zeitschrift, Hamilton Fish Armstrong:

Die militärische Offensive der Kommunisten im Fernen Osten hat in diesem Jahr der anti-kommunistischen Koalition im Westen schwere Schläge versetzt. Gleichzeitig hat die politische Offensive der Kommunisten im Westen die anti-kommunistische Koalition im Fernen Osten sehr geschädigt. Das hatte zur Folge, daß die „Große Allianz“, die nach dem letzten Krieg im Westen gegründet und durch konstruktive Verteidigungsmaßnahmen wie den Marshall-Plan und die NATO gefestigt wurde, heute nicht mehr das ist, was sie einmal war. Diese Allianz ist nicht so sehr gebrochen, als vielmehr in ihrer Substanz verändert worden: Härte verwandelte sich in Weichheit. Wird daher heute an irgendeiner Stelle ein Druck ausgeübt, so besteht die Tendenz zum Nachgeben an dieser Stelle; werden an einer anderen Attraktionen angeboten, neigt man dort zum Einlenken.

Es kann auch bei festen Gegenständen oftmals die Gefahr eines Bruches bestehen, nämlich dann, wenn die Belastung zu groß wird. Wäre die

einen Versuch ankommen zu lassen. Wenn wir aber bedenken, daß alles „Weiche“ nicht einmal die Kraft hat, abschreckend zu wirken, so ist die Frage berechtigt, ob nun die zwar „weiche“, aber in vielen ihrer Teile trotzdem noch zusammenhaltende Allianz, so wie sie sich jetzt entwickelt, noch dehnbar genug ist, um weiterbestehen und sogar eines Tages der Kristallisationspunkt für neue und wirksame Vereinbarungen zwischen einigen der nicht-kommunistischen Mächte werden zu können.

Politisch gesehen stand die freie Welt auf dem Höhepunkt ihrer Stärke zu Beginn des Korea-Krieges im Jahre 1950. Der Sicherheitsrat der UN beschloß, daß der Tatbestand eines „bewaffneten Angriffs“ auf Südkorea gegeben sei. Er folgte dieser Feststellung mit einer Empfehlung, daß die Mitgliedstaaten Hilfe leisten sollten, um diesen Angriff abzuwehren. Diese größte Nachkriegskrise seit der Entscheidung die Berliner Blockade zu brechen, sah damals die drei großen Nationen des Westens vereint.

Vom militärischen Gesichtspunkt aus war die freie Welt wahrscheinlich auf dem Höhepunkt ihrer Stärke in den unmittelbar darauf folgenden Monaten, obwohl das Kräftepotential der einzelnen Staaten noch nicht voll entwickelt war. Die Erklärung für diese militärische Tatsache war darin zu suchen, daß der Kampfeswille der freien Welt damals am stärksten war. Die Staa-

ten, die dafür stimmten, daß man sich Nordkorea und seinen Hintermännern mit bewaffneter Macht entgegenstellen sollte, taten dies nur zögernd. Aber sie glaubten nicht nur, daß sie im Recht waren, sondern auch, daß sie weniger riskierten, wenn sie die Aggression auf der Stelle aufhielten, als wenn sie lediglich auf Zeitgewinn ausgingen, bis diese Aggression noch größere Formen angenommen haben würde.

Von diesem Höhepunkt ist es stetig abwärts gegangen. Dieses Abwärtsgleiten hat in dem letzten Jahr geradezu überstürzende Formen angenommen. Relativ betrachtet sind in den strategischen Positionen der Alliierten im Verhältnis zu denen des Sowjetblockes drastische Veränderungen eingetreten. Dasselbe gilt für die psychologische Haltung der westlichen Völker und für die Politik ihrer Führer; und schließlich gilt es für die öffentlich eingenommene Haltung der sogenannten „nicht-festgelegten Nationen“, d. h. derjenigen, die mehr von ihrer Veranlagung als von ihrer geographischen Lage oder der ihnen innewohnenden Stärke her die Hoffnung hegen, in einem künftigen Krieg neutral bleiben und in der Zwischenzeit davon Abstand nehmen zu können, in der Position, die die kommunistische und die nicht-kommunistische Seite eingenommen haben, rechtliche oder moralische Unterschiede zu entdecken. (Sei dies nun in bestimmten Streitigkeiten oder ganz allgemein).

### Die Abwärtsbewegung der Spirale

Die Abwärtsbewegung der Spirale begann mit den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der freien Welt. Diese waren hervorgerufen worden durch den Eintritt des kommunistischen China in den Korea Krieg, durch den langen Rückzug der UN Truppen und durch die Besorgnis, die das amerikanische Gerede von Blockade und Bombardierung Chinas hervorgerufen hatte: Schien doch durch dieses Gerede ein großer Krieg auf dem asiatischen Kontinent und damit die Wahrscheinlichkeit in Aussicht gestellt, daß sich ein solcher Krieg zu einem allgemeinen Weltbrand ausweiten würde.

Die Geschwindigkeit der Spiralenbewegung wurde nach Stalins Tod noch vergrößert. Das Hinscheiden des russischen Despoten wurde dem Kreml zur bequemen Entschuldigung dafür, daß er so tat, als ob er seine Ziele, und nicht nur seine Taktik zur Erreichung dieser Ziele geändert hätte. In jedem Lande bedienten sich alle möglichen Gruppen eifrig dieser Tatsache. Die einen waren der Ansicht, daß die Sowjets tatsächlich ihre Ziele modifiziert hätten; die anderen hofften es nur, oder gaben sich dem Wunsche solcher Hoffnungen hin; wieder andere schließlich glaub-

#### INHALT DIESER BEILAGE:

Hamilton Fish Armstrong:  
„Postscriptum zur EVG“

Cecil Roth:  
„Die beiden Wiegen der jüdischen Freiheit“

Große Allianz in ihrer ursprünglichen Form der Belastung eines direkten sowjetischen Angriffes ausgesetzt worden, so ist es fraglich, ob sie gehalten hätte oder nicht. Wahrscheinlich wäre sie von Bestand gewesen. Gerade diese Wahrscheinlichkeit hat den Feind davon abgehalten, es auf



ten ganz einfach, daß es ihrer Popularität dienen würde, wenn sie nur vorgaben, es zu hoffen.

Die ganze Entwicklung wurde durch eine alarmierend fähige und erfolgreiche sowjetische Diplomatie und Propaganda beschleunigt. Diese Tatsache war ja schon in sich selbst ein Beweis dafür, daß die neue „Gruppenherrschaft“ im Kreml keineswegs weniger gefährlich war, als es der alte Autokrat gewesen — ganz im Gegenteil. Sogar in den Vereinigten Staaten waren die hieraus entstehenden Folgen beträchtlich. Alle maßgeblichen Persönlichkeiten erklärten warnend,

daß die kommunistische Bedrohung absolut die gleiche geblieben sei. Beinahe jedermann war aber höchst unwillig, dieser Tatsache Rechnung zu tragen durch weitere hohe Steuern, durch das Bereitstellen von Haushaltsmitteln für militärische Pläne, für militärische und technische Auslandshilfe, oder aber für unseren eigenen diplomatischen Dienst und die Informationsprogramme. Bei einigen unserer Verbündeten und bei einigen der sogenannten „nicht-festgelegten“ Nationen war die als Folge dieser Entwicklung eintretende Verwirrung noch größer.

worden. Mit der Aufgabe des Versuches, die Verpflichtungen der kollektiven Sicherheit zu präzisieren, endete alle Hoffnung darauf, daß der Völkerbund auf wirklich wirksame Weise Aggressionen verhindern oder niederschlagen würde. Der Vertrag von Locarno war der Ersatz für das Genfer Protokoll. Durch die Garantien dieses Vertrages sicherte England mit bemerkenswerter Unparteilichkeit sowohl Frankreich gegenüber einem deutschen Angriff wie Deutschland gegenüber einem französischen. Osteuropa wurde ungeschützt gelassen. Dort fing dann auch schließlich der Krieg an.

## Kein zufälliges Zusammentreffen

Als die französische Nationalversammlung den EVG-Vertrag sterben ließ und ihm sogar die Würde eines anständigen Begräbnisses verweigerte, erklärte der Ministerpräsident Pierre Mendès-France, daß sich vielleicht 18 Monate früher eine Mehrheit für die EVG gefunden hätte. Was war eigentlich in der Zwischenzeit passiert? Wenn wir rückwärts zählen, kommen wir zum Frühjahr 1953. Im nächsten Monat starb Stalin und es begann die „weiche Strategie“ des Kreml. Es kann kein zufälliges Zusammentreffen gewesen sein, daß der französische Ministerpräsident, der das Abdanken der Franzosen in Indochina vertraglich festgelegt hatte, derselbe war, der die darauf erfolgende französische Ablehnung der Europa-Armee mit der neuen sowjetischen Strategie in eine Gedankenverbindung brachte. Schließlich hingen ja beide Aktionen ganz eindeutig zusammen.

In Genf erlangte M. Mendès-France viel vorteilhaftere Bedingungen, als diese durch die tatsächliche Lage der französischen Streitkräfte in

Indochina gerechtfertigt waren. Er muß gewußt haben, daß das Nachlassen des kommunistischen Druckes in Asien den letzten Vorstoß der sowjetischen politischen Offensive in Europa mit dem Ziel einer Vernichtung der westlichen Verteidigungsgemeinschaft vorbereiten sollte. Wir brauchen gar nicht einmal anzunehmen, daß die Umgebung des Herrn Molotow mit der des Monsieur Mendès-France in Genf über die Früchte eines sowjetisch-französischen „Arrangements“ tuschelte. Es gibt dennoch Anzeichen dafür, daß beide Seiten die Logik der Lage stillschweigend anerkannten. Eins dieser Anzeichen war, daß M. Mendès-France erklärte, es stünde in seiner Macht, die vertraglichen Vereinbarungen zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität zu ratifizieren, daß er dann aber anschließend versprach, diese seine Macht nicht auszunutzen. Ein weiteres Anzeichen war die von ihm proklamierte, neutrale Haltung gegenüber der EVG in der Kammer-Debatte. Durch diese zwei Entscheidungen stellte der französische Ministerpräsident sicher, daß er tatsächlich nichts tun konnte.

In der Zwischenzeit wurde Frankreich in zunehmendem Maße durch die englische Annäherung an Deutschland isoliert, eine Annäherung, die sogar noch nach Hitlers Machtübernahme anhielt und noch ganz besonders durch den englisch-deutschen Marinevertrag vom Jahre 1935 unterstrichen wurde. Frankreich war wie gelähmt, als die Nazis das Rheinland im darauffolgenden Jahr besetzten. In München traten Frankreich und England zusammen den Rückzug an. Sie taten dasselbe, als Hitler in offenkundiger Verletzung des Münchener Abkommens zur Besetzung von Prag schritt. Dann endlich begriffen die Engländer, daß die Verhinderung der Aggression in Osteuropa tatsächlich in ihrem ureigensten Interesse lag: Chamberlain gab sein Versprechen an Polen ab. Dieses Versprechen wirkte jedoch auf Hitlers Gemüt niemals glaubwürdig; er hatte nicht die geringste Ahnung von dem englischen Charakter und von der Bedeutung eines Versprechens, wenn es sein mußte, zu den Waffen zu greifen. Sowohl England wie Frankreich lösten ihre Obligationen ein, als Hitler in Polen einfiel. Zwei Jahre und 3 Monate später bewirkte der japanische Kriegseintritt, daß die Vereinigten Staaten diesen beiden Ländern zu Hilfe kamen.

## Das polnische Bündnisangebot

Wenn Herr Mendès-France auch nur für einen Augenblick angenommen hatte, daß es die Überlegenheit seiner Argumente gewesen war, die Herrn Molotow dazu bewogen hatte, ihn in Genf inmitten einer nationalen Katastrophe zu einem persönlichen Triumph zu verhelfen, so folgte die Ernüchterung auf der Stelle. Die wahre Bedeutung und Stoßrichtung der sowjetischen Anstrengungen wurde offenbar, als Polen 24 Stunden vor dem angesetzten Beginn der Kammerdebatte über die EVG Frankreich einen zweiseitigen Bündnis- und Beistandspakt anbot, gleichzeitig aber davor warnte, daß die Bildung einer europäischen Armee zu einem dritten Weltkrieg führen würde.

Vielleicht würde das Bündnisangebot eines russisch-kontrollierten Polen zu jedem anderen Zeitpunkt ein so durchsichtiges Propaganda-Manöver gewesen sein, daß es wie ein Boomerang mit verletzender Wirkung auf den Vater des Gedankens zurückgefallen und dabei von einem beißenden Schauer gallischen Witzes begleitet gewesen wäre. Die Franzosen hätten in ihre Erinnerung die Umstände zurückgerufen, unter denen ihr letzter Vertrag mit Polen nach dem ersten Weltkrieg unterzeichnet worden war. Sie hätten sich dann weiter an die Geschichte dieses Vertrages erinnert; daran nämlich, daß dieser

Vertrag unterzeichnet wurde, nachdem Frankreich durch die Vereinigten Staaten und England im Stich gelassen und somit der erste Schritt zum 2. Weltkrieg getan worden war. Wir hatten uns geweigert, den Versailler Vertrag zu ratifizieren, genau so wie wir uns geweigert hatten, den Völkerbundpakt oder — was in der Erinnerung der Franzosen am wichtigsten war — den Dreimächte-Vertrag zu ratifizieren, dem sowohl Wilson wie Lloyd George ursprünglich zugestimmt hatten und durch dessen Garantien Frankreich gegenüber einem neuen deutschen Angriff gesichert worden war. Die Briten hatten sich ganz unabhängig von den Vereinigten Staaten geweigert, die eingegangene Verpflichtung zu honorieren. So wurde Frankreich in beängstigender Weise exponiert und im Stich gelassen. Es tat daher das einzige, was ihm zu tun übrig blieb: es fing an, ein Netz von zweiseitigen Beistandspakten mit den „neuen“ Ländern in Osteuropa auszubauen.

Nach dem Scheitern des Genfer Protokolls vom Jahre 1925 wurde die französische Lage sogar noch gefährlicher; denn dieses Protokoll stellte eindeutig die Umkehr der britischen Politik dem Kontinent gegenüber heraus. Diese Umkehr war unmittelbar auf die Übernahme der englischen Regierung durch Baldwin eingeleitet

Das Vertragsangebot des kommunistischen Polen am Vorabend der EVG-Debatte, die nie abgehalten wurde, scheint den französischen Gegnern einer Europa-Armee niemals den Unterschied in der Lage ihres Landes heute und im Jahre 1920 zum Bewußtsein gebracht zu haben. Diesmal sind amerikanische Truppen noch neun Jahre nach Ende der Feindseligkeiten in Europa. Präsident Eisenhower sicherte am 16. 4. 1954 zu, daß diese Truppen in einer Stärke dort verbleiben, die es den Vereinigten Staaten erlauben würde, ihren „angemessenen Beitrag“ zur Verteidigung des atlantischen Raumes zu leisten, solange dieser Raum noch weiter bedroht ist. Außenminister Anthony Eden gab eine ähnliche Erklärung ab, derzufolge England eine genügende Anzahl von Streitkräften auf dem Kontinent belassen würde, um auch seinerseits diesen „angemessenen Beitrag“ zu denselben Verteidigungsanstrengungen zu leisten. Ein Vertrag zwischen England und den EVG-Staaten legte im einzelnen den Modus fest, durch den „die Integration der englischen mit den EVG-Truppen im Rahmen der NATO sichergestellt“ wurde. All dies ergänzte die Dreimächte-Erklärung des Vorjahres, wonach sich England und die Vereinigten Staaten verpflichteten, eine Bedrohung der EVG als eine Bedrohung ihrer selbst anzusehen.



## Die Haltung Englands

Auf diese Weise erlangte Frankreich von den Vereinigten Staaten der Substanz nach, was es 25 Jahre früher vergeblich angestrebt hatte. Was England betraf, so pochte dieses Land getreu seiner Tradition weiter darauf, daß es mehr sei als nur eine kontinentale Macht. England ist ja ein „Teil“ Europas aber nicht „in“ Europa. Immerhin bot es das an, was die Londoner Times im Anschluß an die Rede Mr. Edens eine „Partnerschaft“ nannte, die „so vollkommen und so bindend wie nur möglich“ war. Für die Mehrheit der Mitglieder der französischen Kammer waren jedoch diese englischen Verpflichtungen nicht so ausreichend, als daß sie das Risiko wettgemacht hätten, das dieser Mehrheit durch besonders enge Bindungen an einen militärisch und wirtschaftlich so mächtigen Konkurrenten wie Deutschland gegeben schien. Sie sahen nicht ein, warum Frankreich — selbst mit einer amerikanischen und englischen Garantie — in Beziehungen zu Westdeutschland eintreten sollte, denen sich England absichtlich versagte und durch die im Kern das Problem nicht gelöst wurde, was

im Falle einer deutschen Wiedervereinigung geschehen würde. Immer noch unter dem emotionalen Schock, den zwei deutsche Invasionen in einer Generation ausgelöst hatten, konnten sie nicht der Tatsache ins Auge schauen, daß sie nur zwischen zwei Dingen zu wählen hatten, die sie beide nicht mochten: nämlich zwischen einer kontrollierten und einer unkontrollierten Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Sie waren auch nicht in der Lage, ihre Augen weit genug in die Ferne schweifen zu lassen, um so über die deutsche Gefahr hinaus die sowjetische sehen und die Unterschiede zwischen beiden einschätzen zu können. Ganz abgesehen von Unterschieden in sich selbst, stellen sich diese Gefahren für Frankreich zwangsläufig in der Hinsicht verschieden dar, daß England und die Vereinigten Staaten sie anders beurteilen als Frankreich, und daß die beiden angelsächsischen Länder ihre Haltung Frankreich gegenüber zu einem großen Teil von der Haltung abhängig machen, die Frankreich selber in bezug auf diese beiden Gefahren einnimmt.

## Nationalismus

Es wäre überaus enttäuschend und bitter, wenn der Zusammenbruch der EVG das endgültige Ergebnis von beinahe einem Jahrzehnt deutscher und französischer Bemühungen sein sollte, sich ihrer engen Nachbarschaft anzupassen, oder wenn dieser Zusammenbruch das endgültige Ergebnis aller freundlichen Hilfe bedeuten würde, die andere Staaten leisteten, um es Deutschland und Frankreich leichter zu machen, sich in einer westeuropäischen Gemeinschaft als gute Nachbarn zu vertragen. Wenn man dafür sorgen will, daß weder die eine noch die andere Seite unwiderrufliche Schritte unternimmt, muß man sich in dieser Krise in erster Linie auf die großen Teile der öffentlichen Meinung in beiden Ländern verlassen, die sich nach einer neuen Ära des Verstehens sehnten. Wir Amerikaner können in dieser Situation keine Hilfestellung leisten, wenn wir den Zusammenbruch der EVG alleine dem französischen Nationalismus zuschreiben, oder wenn wir die Deutschen dafür tadeln, daß sie in ihrer Enttäuschung neue nationalistische Tendenzen entwickeln, oder aber wenn wir jeden Nationalismus als „engstirnig“ und „schlecht“

in sich selbst brandmarken. Nationalismus nach der genauen Definition des Wortes ist die Basis für jedes internationale Abkommen. Die meisten Adjektiva werden ja subjektiv bewertet. Wir nannten den französischen Nationalismus, der das Freie Frankreich vor Petain rettete, nicht „schlecht“; wir sind nicht traurig darüber, daß derselbe Nationalismus Frankreich und Italien vor einer Beherrschung durch den internationalen Kommunismus bewahrt oder Jugoslawien aus dem sowjetischen Bannkreis herausgeführt hat; wir rechnen damit, daß dieser Nationalismus seinen Kampf gegen die sowjetische Marionetten-Regierung in Ostdeutschland fortsetzen wird; wir hoffen, daß er heute im Zeichen des beendeten Kolonialzeitalters in Südasien genau so mächtig ist, wie dies der Fall war, als der Unabhängigkeitskampf noch mehr gegen die Westmächte, und nicht so sehr gegen die Unterjochung unter eine kommunistische Diktatur geführt wurde. Wir werden schließlich jubeln, wenn eines Tages dieser Nationalismus Osteuropa erlöst.

## Ziel der amerikanischen Regierung

Während die Debatte um die EVG in Europa eine Phase nach der anderen durchmachte, war es das einzige Ziel der amerikanischen Regierung, den Kräften, die auf eine westeuropäische Freundschaft und Verständigung hinarbeiteten, so viel wie möglich an Hilfestellung zu leisten. Die eben genannte Verpflichtung Eisenhowers war nur eine in einer langen Reihe von freundschaftlichen Erklärungen und ermutigenden Aktionen. Unsere Tendenz ging jedoch zu stark dahin, uns auf die Logik einer Lage zu versteifen, die nur zu einem Viertel Logik, zu Dreiviertel aber Gefühl war. Wir waren wirklich so weit gegangen, um die EVG mit zu ermöglichen, daß

wir einfach nicht glauben konnten, diese EVG würde vielleicht auch dann noch nicht im Bereich des Möglichen liegen. Wir hatten uns solch beredter Argumente für die EVG bedient, daß wir uns selber in den Glauben hinein geredet hatten, keine Ersatzlösung würde ausreichen. Wir verstanden nicht voll und ganz die Bedeutung, die für M. Mendès-France in der Stärkung der rückständigen französischen Wirtschaft lag, bevor diese Wirtschaft enger mit der kräftigen und sich ausdehnenden deutschen Wirtschaft verbunden sein würde. Wir verstanden auch nicht seine Entschlossenheit, das auf eine wirtschaftliche Integration ausgerichtete Tempo

nicht durch eine militärische und politische Integration zu forcieren. Vorwärtsgetrieben durch einige ihrer indiskretesten Anhänger im Senat, drang unsere Regierung auf das, was einmal ein französischer Plan zur Verwendung des deutschen Kräftepotentials im Rahmen der westlichen Verteidigung gewesen war. Plötzlich schien die EVG nicht so sehr das Kind der Herren Schuman und Plevin, wie eine amerikanische Erfindung, die das sine qua non einer weiteren Unterstützung Frankreichs durch die Vereinigten Staaten darstellte; die EVG schien dann nicht dem Wohl der beiden Länder Deutschland und Frankreich oder dem Wohl Europas als ganzem zu dienen, als vielmehr amerikanischen Interessen.

Uns hat es augenblicklich in erster Linie darum zu gehen, daß wir von den Erfahrungen, die wir gemacht haben, lernen, nicht aber darum, daß wir über die unterschiedlichen Auffassungen weiter argumentieren. Wir fangen wieder von vorne an. Anstatt daß wir den Versuch unternehmen, die EVG bis zu einem Punkt zu verwässern, wo sie für ihre französischen Gegner akzeptabel werden könnte, sollten wir lieber von unten aufbauen und auf diese Weise erreichen, daß soviel von dem Programm für eine westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft durchgesetzt wird, wie dies nur irgendwie im Bereich des praktisch Durchführbaren liegen mag.

## Alternativen

Die der EVG gegenüber bezogenen Stellungen hatten sich bis zu einem Grade versteift, daß sie einfach nicht mehr beiseite geschoben werden konnten. Jetzt wird die nackte Wahl, vor die Frankreich gestellt ist, vielleicht deutlicher werden. Einige Leute, die in den letzten Augusttagen sicher waren, daß sie richtig daran getar hatten, die EVG abzulehnen, mögen jetzt vielleicht zögern, logische Alternativen anzunehmen.

Einer der Wege, die Frankreich offen stehen, würde in dem verzweifelten Versuch bestehen, jede nur denkbare deutsche Wiederbewaffnung zu verhindern. Dieser Weg käme aber einer Opposition gegen die westdeutsche Souveränität gleich, die sich unzweifelhaft ohne Rücksicht auf eine französische Opposition oder Zustimmung realisieren wird. M. Mendès-France hat diese Souveränität selber gebilligt und sie wird so oder so zu einem frühen Zeitpunkt verwirklicht werden. Bundeskanzler Adenauer war bestrebt, eine unabhängige deutsche Armee zu vermeiden. Diese wird es aber geben, es sei denn, die deutsche Armee wird mit den anderen westeuropäischen Armeen in demselben Augenblick koordiniert, in dem Westdeutschland seine Souveränität erlangt.

Eine andere Alternative würde darin bestehen, mit Sowjetrußland „hinter Deutschlands Rücken“ — so nannte es ein früherer sozialistischer Ministerpräsident Frankreichs dem Autoren dieser Zeilen gegenüber — einen Vertrag abzuschließen. Es sind viele Stimmen in Frankreich laut geworden, die darauf drängen, daß immer wieder neue Versuche unternommen werden, um zu einem „Einvernehmen“ mit den Sowjets über Deutsch-



land zu kommen. Einige Leute bringen diese Vorschläge in Beziehung zu einem Projekt für eine allgemeine Abrüstung einschließlich der Abschaffung aller atomaren Waffen. Setzen diese Leute wirklich ihre Hoffnung auf eine sowjetische Zustimmung zu irgendeinem Plan, der Deutschland auf demokratischem Wege vereinen soll, ohne daß dabei im Endeffekt das

## Bundeskanzler Dr. Adenauer

Selbst diejenigen, die Deutschland am meisten mißtrauen, müssen anerkennen, daß die Bonner Regierung im vergangenen Jahr selbst angesichts der Enttäuschungen auf außenpolitischem Gebiet und der steigenden Unruhe im eigenen Lande Disziplin und Zurückhaltung an den Tag gelegt hat. Einige innerdeutsche Kritiker des Bundeskanzlers Adenauer, die längst von der Bühne abgetreten waren, zeigten sich plötzlich wieder am politischen Horizont, um zu demonstrieren, wie wenig sie vergessen und wie wenig sie seit Hitlers Machtübernahme gelernt hatten. Adenauer mußte auch den unvermeidlichen Versuchen deutscher Reaktionäre begegnen, die Schwierigkeiten auszunutzen, die sich einer Versöhnung mit Deutschlands traditionellem Feind in den Weg stellten. Darüber hinaus mußte Adenauer den Ehrgeiz deutscher Geschäftsleute dämpfen, die nach neuen Handelsmöglichkeiten im Osten Ausschau hielten. Gegen Adenauer standen auch die Neutralisten aller Schattierungen. Neutralismus appelliert ja nicht einfach an diejenigen, die in Deutschland das Wort „Humanität“ auf ihren Fahnen geschrieben haben und daher die Russen fürchten und nur auf Wege sinnen, Deutschland aus einem neuen Krieg herauszuhalten; Neutralismus zieht ja auch Nationalisten an, die hochtrabende Ideen von der Fähigkeit Deutschlands haben, als Vermittler zwischen Sowjetrußland und dem Westen aufzutreten. Diese Auffassung ist nur einen kleinen Schritt von dem Gedanken entfernt, Deutschland könne erst den einen und dann den anderen erpressen. Die Flüchtlinge und die Vertriebenen aus der Ostzone haben Bundeskanzler Adenauer deswegen kritisiert, weil er die Forderungen nach Wiedervereinigung (die für sie eine Rückkehr nach Hause bedeutet) zu Gunsten einer Integration Westdeutschland mit Westeuropa hinausgeschoben habe. Diese Leute stellen nur einen Teil der allgemeinen Sehnsucht nach Einheit und Unabhängigkeit dar. Diese Sehnsucht hat sich erst in letzter Zeit den Weg zu einer Unzufriedenheit darüber gebahnt, daß die Mächte, die Westdeutschland die Unabhängigkeit versprochen haben, diese ihr so lange vorenthalten.

Keine dieser Tendenzen kam unerwartet. Auch war es leider nicht unerwartet, daß diese Tendenzen eine enorme Stärkung durch die französische Ablehnung einer Zusammenarbeit in der EVG erfahren würden. Das Ziel, deutsche Bedürfnisse und Hoffnungen mit einem größeren Ideal als mit Deutschland selber zu identifizieren, dieses Ziel ist ernstlich versperrt worden. Das gilt für die breite Masse des Volkes, die Bundeskanzler Adenauer gefolgt war, aber auch für ihn selber, wie sein verbitterter Kommentar

ganze Land dem Kommunismus überantwortet würde? Oder hoffen sie, daß die Sowjetunion irgendeinem Plan der Abrüstung zustimmen würde, der vorsieht, daß jeder Block feststellen kann, ob der andere tatsächlich das tut, was er verspricht? Würde aber irgend etwas, das diese Voraussetzungen nicht erfüllte, von der Mehrheit der Franzosen akzeptiert werden?

zeigte. Der Nationalismus ist in Deutschland genau so wie in Frankreich eine treibende Kraft. Dennoch müssen wir, wie dies Meyer Handler in einem seiner Berichte aus Bonn uns geraten hat, unterscheiden zwischen Nationalismus und Nationalisten. Es gibt zweifellos deutsche Nationalisten. Die Aufgabe besteht daher darin, diese

Leute vom Hebelarm fern zu halten. Das werden wir aber nicht tun können, wenn wir es versäumen, die nationalen Interessen Deutschlands in Rechnung zu stellen. Es gelingt nur, wenn wir den Versuch unternehmen, diese Interessen im Rahmen einer Zusammenarbeit zu befriedigen, der so weit wie nur irgendmöglich gespannt sein muß. Was wir anstreben ist die bestmögliche Sicherung dagegen, daß deutsche Nationalisten die Welt noch einmal bedrohen. Insbesondere wünschen wir sicher zu gehen, daß diese Nationalisten die Welt nicht dann bedrohen werden, wenn sie einmal mit den Sowjets eine „*mariage de convenience*“ (Vernunftsehe) eingegangen sein sollten. Daß man gerade diesen Faktor in der ganzen EVG-Debatte in Frankreich unerwähnt ließ, war für die Menschen außerhalb Frankreichs am schwierigsten zu verstehen.

## Auf unbestimmte Zeit „Gewehr bei Fuß“

Die Situation, der wir uns gegenüber gestellt sehen, besteht in der typischen Clausewitz-Lenin Konzeption eines Krieges, in dem politische und militärische Waffen vereint sind und austauschbar dazu verwendet werden, uns voneinander zu trennen und dann zu vernichten. Unser Ziel ist es, unsere Feinde an einem Erfolg dieser Politik zu hindern. Dies ist ein viel schwierigeres Problem als dasjenige, vor dem die Feinde stehen: denn unser Programm hängt von der Willenskraft und der Zurückhaltung, und nicht von Tricks und kleinen militärischen Aggressionen als Teile einer fortgesetzten politischen Offensive ab. Wenn uns der Erfolg beschieden sein soll, so müssen wir willens sein, auf unbestimmte Zeit hinaus „Gewehr bei Fuß“ zu stehen, ohne daß wir zu einem Krieg entschlossen sind. Unsere eigenen Kräfte sind nicht so überwältigend, daß wir es uns leisten könnten, zögernde Bundesgenossen abzuschreiben, es sei denn, wir hätten es vorher bis zum Äußersten und ununterbrochen, aber dann vergeblich versucht, solchen Bundesgenossen das Gemeinsame unserer Interessen vor Augen zu führen und sie davon zu überzeugen, daß sie sich in die Abwehrfront einreihen sollten, damit diese so wirksam wie nur möglich verteidigt werden kann.

Europa hat das Gefühl, im Falle eines Atomangriffes mehr in der „Frontlinie“ zu sein als wir in der „Etappe“. Diese Einschätzung der Lage läßt jedoch außer acht, daß es für die Sowjets unlogisch sein könnte, den ersten Angriff gegen

die Frontlinie zu führen. In einem Krieg, in dem die eröffnende Phase vielleicht die entscheidende sein wird, würde es eigentlich das erste Ziel der Sowjets sein müssen, die lebenswichtigen Kräfte ihres Feindes auszuschalten. Wo aber sind diese Kräfte zu finden? In den Vereinigten Staaten, da diese ja die Macht besitzen, einen Schlag gegen Europa mit einem Schlag gegen das russische Herz zu beantworten und darüber hinaus noch die Macht, in einem langen Krieg die sowjetischen Armeen wirtschaftlich und strategisch zu überrunden. Angesichts dieser Tatsache ist es ganz natürlich, wenn der folgende, bisher in Europa offensichtlich nicht genügend in Rechnung gestellte Gedanke Amerika in ganz besonderem Maße beherrscht: der erste Angriff kann ohne Warnung erfolgen; er kann ein Angriff auf die Vereinigten Staaten sein, kann aber auch mit einer sowjetischen Bedrohung Europas und mit einem Angebot verbunden sein, Europa die über die Vereinigten Staaten hereinbrechenden Schrecken zu ersparen, wenn sich dieser Kontinent sofort für neutral erklärt oder wenigstens eine Politik des „Abwarten und dann weitersehen“ einschlägt. Würde jede europäische Regierung, wenn sie vor solche Alternativen gestellt wäre, das Risiko einer sofortigen Verwüstung ihres Landes dem Risiko einer kommunistischen Herrschaft vorziehen? Die Europäer sind also nicht die einzigen, die sich heute über die Festigkeit ihrer Bündnisse in Zeiten tödlicher Gefahren ihre Gedanken machen.

## Notwendigkeit kollektiver Verteidigungsplanungen

Solche Spekulationen führen uns nicht nur immer wieder zu der absoluten Notwendigkeit, kollektiver Verteidigungsplanungen- und -Anstrengungen zurück: (weit auseinander gezogene Streitkräfte, austauschbare Serien von Stützpunkten, Ausbau der Warnungssysteme, motorisierte Kommandotruppen für besondere Aufgaben, bereitstehende Kräfte, die einen potentiellen Angreifer in Westeuropa abschrecken würden etc.). Solche Spekulationen unterstreichen darüber hinaus auch die Notwendigkeit, ein funktionierendes kollektives Sicherheitssystem aufrecht zu erhalten. Die Vereinigten Staaten

müssen eindeutig für eine kollektive Sicherheit eintreten und sehr genau darauf achten, daß die Apparaturen, die eine Politik der kollektiven Sicherheit abstützen, an keiner Stelle eine Schwächung erfahren. Insbesondere muß im Rahmen der Vereinten Nationen die Chance für kollektive Aktionen am Leben erhalten werden. Solche Chance ist etwa durch die Resolution „Vereint für den Frieden...“ gegeben. Auf Gedeih und Verderb sind die Vereinten Nationen zu wichtig, als daß sie in einer Krise neutral sein könnten. Wenn diejenigen Mitgliedstaaten, die den Zielen der Vereinten Nationen treu ge-



blieben sind, nicht von Anfang an die Erwartungen hegen und daraufhin planen, daß sich die UN im Eventualfalle gegen Aggressionen zusammenschließt, dann werden die Zauderer die friedentiftenden Funktionen dieser Organisation benutzen, um ihre Politik des „Abwartens“ zu entschuldigen und um dann vielleicht zu guterletzt in die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Angreifer und der Leiche seines Opfers zu verfallen. Von verschiedenen Seiten wurde das ja ernstlich vorgeschlagen, als der Koreakrieg für uns seinen Tiefpunkt erreicht hatte.

In Genf schien M. Mendès-France auf kommunistischen Druck in Asien hin so zu reagieren, daß er das Ableben der EVG akzeptierte. Das war ein großer Sieg für die Sowjetunion — wie es die Prawda zum Ausdruck brachte — und die größte Niederlage des Westens in einer langen Reihe von Niederlagen, um M. Spaak zu zitieren. Immerhin, dieser Sieg und diese Niederlage waren nicht das letzte Wort. Es brauchte noch einen weiteren kommunistischen Vorstoß. Peking und Moskau schickten sich an, diesen Vorstoß zu machen. Außenminister Chu En Lai gab die Entschlossenheit zu einer Eroberung der Insel Formosa bekannt: die Quemoy Inseln wurden bombardiert und Sowjetdüsenjäger schossen im japanischen Meer ein amerikanisches Marineflugzeug ab. Dieses bedrohliche Reden und Handeln mag nebenbei von der Hoffnung bestimmt gewesen sein, daß dadurch einige der Konferenzteilnehmer in Manila vorsichtiger würden, wenn es darauf ankam, ihre Länder auf ein wirksames Verteidigungssystem in Südostasien festzulegen. Der Zeitpunkt war jedoch viel mehr mit einem Blick auf Europa gewählt worden. Dort steuerte die sowjetische Strategie auf ihre größte Entscheidung zu. (Diese Strategie sucht bekanntlich den Gegner abwechselnd von rigorosen Maßnahmen durch rigorose Schreckschüsse abzuhalten, um sie dann wieder durch ein nachgiebiges Gerede von einer friedlichen Koexistenz anzuziehen). Der endgültige Test für die Durchschlagskraft der sowjetischen Diplomatie und Propaganda in der augenblicklichen Phase des kalten Krieges wird der sein, ob es den Russen gelingt, irgendeinen Kompromiß zu verhindern, der die Möglichkeit einer französisch-deutschen Zusammenarbeit wiederherstellen und gleichzeitig das deutsche Kräftepotential in die Vorbereitungen zur Abwehr eines eventuellen russischen Angriffes einbeziehen würde.

Die britische Regierung war genau so wie die amerikanische niedergeschlagen, als sie die EVG zerstört sah. Aber auch sie steht unter einem

Druck von Asien her, und zwar unter einem kommunistischen Druck, der über Neu Delhi ausgeübt und dabei auf das wirkungsvollste von dem linken Labour-Flügel in England selber unterstützt wird. Die britische Regierung setzte ihr Vertrauen zunächst auf regionale Bündnisse, um Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, die durch die Pläne für direkte kollektive Maßnahmen der UN hervorgerufen worden waren. Heute muß die britische Regierung jedoch u. a., die Erfahrung machen, daß solche regionalen Bündnisse dieselben Nachteile für ein weitverzweigtes Commonwealth haben können. Diese Schwierigkeiten zeigten sich tatsächlich in ihrer extremsten Form durch Indiens erbitterten Widerstand gegen jeden Verteidigungspakt in Südostasien; denn ein solcher Pakt basierte auf der Annahme, daß die Kommunisten ihre Politik der Druckanwendung vielleicht nicht ein für alle Male aufgaben, als sie der Feueereinstellung in Indochina vertraglich zustimmten.

Es ist natürlich das volle Recht des Ministerpräsidenten Pandit Nehru, zu hoffen, daß mit jenem Ereignis der Feueereinstellung eine neue Ära in den Beziehungen der kommunistischen zu der nicht-kommunistischen Welt begonnen hat. Es ist ferner sein volles Recht, die Politik Indiens mit seinem persönlichen Vertrauen

zu begründen, daß sich seine Hoffnungen als berechtigt erweisen werden. Schwierige Probleme ergeben sich für andere Nationen jedoch durch die These, daß jeder Versuch, eine Basis für zukünftige gemeinsame Aktionen gegen eine mögliche Aggression zu schaffen, schon an sich einen Affront gegenüber den Kommunisten darstellt, und daß dieser Versuch daher zu bedauern und wenn irgend möglich, zunichte gemacht werden muß. Die anderen Nationen mögen einen großen Respekt vor dem Erbe Gandhis, vor der Gewaltlosigkeit, haben; sie mögen sich der Empfindsamkeit der indischen Kolonialwunden noch so bewußt sein oder noch so große Sympathien aufbringen für die Anstrengungen, die Indiens neue Führer unternehmen, um das wirtschaftliche und soziale Niveau des Landes zu heben und es von seinen chronischen Schwächen zu heilen. Eins aber ist sicher: Diese anderen Nationen müssen sich fragen, inwieweit sie ihre Politik denen anpassen können, die die offensichtlichen Realitäten der augenblicklichen internationalen Lage einfach nicht anerkennen. England befindet sich hierbei in einem ganz besonders schwierigen Dilemma. Auf nur einer fest stehenden Grundmauer kann man leider ein starkes Haus nicht bauen. Für England aber ist eine Grundmauer Europa und eine andere Asien.

### „Frieden, Fortschritt, Wohlstand“

„Eindämmung“ in ihrer eigentlich gültigen Bedeutung, d. h. in der von uns ursprünglich verstandenen, steht in keinem Widerspruch zu dem, was wir Koexistenz nennen. Aber sie steht in einem Widerspruch zu dem, was nach unserer Meinung die Kommunisten unter Koexistenz verstehen. Wir wünschen die Herstellung eines Systems der Eindämmung — Koexistenz in unserem Sinne —, die die beste Sicherheit dafür bietet, daß eine weitere kommunistische Aggression, Intervention oder Infiltration nicht mit dem Verlust der Unabhängigkeit für irgendein anderes freies Land irgendwo enden muß, sei es im Osten oder im Westen. Das ist das Ziel des südostasiatischen Verteidigungspaktes und jedes neuen Programms, das die NATO-Mächte, oder wenigstens einige von ihnen, in Europa entwickeln.

Das Schlagwort eines der großen Parteien zu Anfang der Wahlkampagne dieses Herbstes heißt: „Frieden, Fortschritt, Wohlstand“. Amen. Aber all dies darf nicht im Sinne des Schlagwortes der Wahlschlachtstrategen von Wilson im Jahre 1916 gemeint sein, wonach er uns „aus dem Krieg herausgehalten habe“, — oder im

Sinne des Rooseveltischen Argumentes aus der Wahlschlacht des Jahres 1940, daß das Pacht- und Leihgesetz genügen würde. („Ich habe es schon früher gesagt und werde es immer wieder sagen: Eure Jungens werden nicht in irgendeinen ausländischen Krieg geschickt werden.“ Boston, am 30. Oktober 1940). In beiden Fällen dachten unsere Feinde, daß unsere Präsidenten es wirklich ernst gemeint hatten — wie dies natürlich in gewisser Weise auch der Fall war. Die Feinde bildeten sich ein, daß der Friede als solcher alles war, was das amerikanische Volk haben wollte und was es auch brauchte. Durch diesen Glauben wurden unsere Feinde darin ermutigt, uns vor Tatsachen zu stellen, die uns dann wirklich zum Kampfe zwangen.

Es ist gewiß nicht leicht, sowohl zu vermeiden, daß unseren Partnern die Angst eingejagt wird, als seien wir zu draufgängerisch, um ihr volles Vertrauen zu genießen, — als auch unseren Gegnern zu zeigen, daß sie uns fürchten müssen. Aber dazwischen liegt der goldene Mittelweg, den wir zu finden und an dem wir dann festzuhalten haben.



CECIL ROTH

# Die beiden Wiegen der jüdischen Freiheit

## Die neue Welt und das Vaterland

Einige Monate lang haben in Amerika umfangreiche Vorbereitungen stattgefunden, um der 300jährigen Wiederkehr der Gründung jüdischer Niederlassungen in Amerika zu gedenken. Formell begannen die Feierlichkeiten im September des Jahres. Mit Genehmigung des Verlages entnehmen wir der Zeitschrift „COMMENTARY“, herausgegeben von der Vereinigung der Juden in Amerika, den Gedächtnisartikel des britischen Historiker Cecil Roth, dessen hervorragende Arbeiten sowohl auf dem Gebiete der jüdischen wie der allgemeinen Geschichte in England und Amerika sehr bekannt sind.

Wir alle in England oder sonstwo in der Welt begrüßen die Bekanntgabe der Pläne, die 300ste Wiederkehr der Ansiedlung von Juden in dem heutigen Gebiete der Vereinigten Staaten zu feiern. Solche Feiern haben ihr Gutes und diese Feier ganz besonders, weil sie das Verständnis für das Erbe der Freiheit vermehren und dazu beitragen werden, das angenehme Leben höher einzuschätzen, dessen sich die Juden und auch die anderen Menschen im Westen erfreuen. Den Historiker aber wird es erfreuen, daß das ihm am Herzen liegende Material nun auch für viele Unkundige wieder lebendig wird. Mancher Historiker hat sogar die kühne Vorstellung, die Kenntnis geschichtlicher Tatsachen könnte den Stolz auf das eigene Land heben und das Verständnis für die eigenen Aufgaben erhöhen. Doch darf nicht verschwiegen werden, daß der

Historiker offiziellen Feiern auch mit einem großen Unbehagen entgegenseht, da sie den Legenden und Mythen einen neuen Auftrieb zu geben pflegen, die dann unser Verständnis für den wahren Verlauf der Geschichte eher vermindern als vertiefen.

Deshalb haben einige von uns in England gewisse, wenn auch vielleicht ganz ungerechtfertigte Bedenken, die Feier dieses großen Geburtstages könne zum Wiederaufleben einer heute überholten, melodramatischen Darstellung der frühen geschichtlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem englischen Vaterlande beitragen. Die Geschichte der amerikanischen Juden würde somit in der Form einer alten — und historisch ungenauen — Erzählung vorgetragen werden und eine altertümliche — und irreführende — Moral enthalten.

weitgehenden Verallgemeinerung. Zwei Punkte sind besonders wichtig: Erstens ist das rosafarbene Bild von den Lebensbedingungen der Juden in Amerika übertrieben. Ich behaupte nicht, daß sie unterdrückt wurden oder ähnliche Unbill erlitten; doch wurden sie gelegentlich behelligt. Auch kamen gewisse Diskriminierungen vor. Zweitens, obgleich sie in der alten Welt ganz allgemein unterdrückt wurden, wurden sie doch nicht überall unterdrückt und in der Zeit, mit der wir uns beschäftigen (d. h. in dem Jahrhundert vor der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung) bildete England im großen und ganzen eine ehrenvolle Ausnahme. In dieser Zeitspanne gab es tatsächlich kaum Unterschiede zwischen den Lebensbedingungen der Juden im englischen Vaterland und in den amerikanischen Kolonien, die die englische Tradition und Einstellung übernommen hatten. Das, was man als die neue Einstellung des 18. Jahrhunderts gegenüber den Juden bezeichnen könnte, war keine amerikanische Neuerung, sondern eine allgemeine Entwicklungserscheinung in der angelsächsischen Welt. Wenn die jüdische Diaspora sich in der Zukunft fast ganz in den englischsprechenden Ländern konzentriert haben wird, erhält diese Tatsache mehr als nur eine akademische Bedeutung. Wir sprechen nicht nur die gleiche Sprache, wir haben auch weitgehend die gleichen geschichtlichen Erfahrungen hinter uns. Wir haben uns gleicher Privilegien erfreut und unsere Gemeinschaft unter gleichen Umständen aufgebaut.

### Eine Kindererzählung

Mühe los erinnern wir uns der alten Kindererzählung von unserer frühen Geschichte. Sie berichtet, daß eine Gruppe von Juden vor den Unterdrückungen der alten Welt Zuflucht suchte im neuentdeckten Lande jenseits des atlantischen Ozeans. Dort wurde sie bereitwillig aufgenommen. Noch vor der amerikanischen Revolution verankerte sie ihre Rechte und schuf damit inmitten der harten Pioniere ein Vorbild für die Freiheit, wie es die alte Welt niemals gekannt hatte. Von Anfang an scheint auf der einen Seite des atlantischen Ozeans die Sonne hell, während auf der anderen alles (oder fast alles) ins Dunkle getaucht ist.

Das Bild entfernt sich weit von der Wirklichkeit — vielleicht nicht in jeder Einzelheit, bestimmt aber im Kolorit. Auch wir in England wollen in zwei Jahren die 300ste Wiederkehr der Bildung unserer modernen jüdischen Gemeinde feiern. Wenn wir schon jetzt einmal die englisch-jüdische Geschichte im Geist an uns vorüberziehen lassen, müssen wir zu dem Schluß kommen, daß sie der amerikanisch-jüdischen Geschichte ähnelt.

Wegen der eingangs erwähnten vorgefaßten Meinung — das klingt höflicher als „Vorurteil“ — wird es den amerikanischen Lesern in vielen Fällen schwer fallen, den wahren Sachverhalt

einzusehen. England wird in der frühen amerikanischen Geschichtsperiode immer als Erzunderdrücker dargestellt. Ergo gehört England in der Geschichte des 18. Jahrhunderts zu den dunklen Mächten. Die neue Welt brachte die Befreiung, während die alte (England einbegriffen) nur die Unterdrückung kannte. Selbst in der neuesten Literatur über die amerikanisch-jüdische Geschichte, die sich weitgehend auf dokumentarische Unterlagen stützt und im großen und ganzen objektiv geschrieben ist, wird dieser Standpunkt vertreten. Aber er beruht auf einer zu

### In der alten Welt

Wir wollen uns ein ungefähres Bild von der alten Welt gegen Ausgang des 17. Jahrhunderts machen, als die Geschichte der amerikanischen Juden ihren Anfang nahm. Die mohammedanischen Länder brauchen wir in diesem Zusammenhang kaum zu berücksichtigen. Die dort lebenden Juden bildeten ein Volk für sich — ob sie brutal behandelt wurden wie in Nordafrika oder loyal wie in der Türkei. Sie waren besonderen Gesetzen, besonderen Steuern und besonderen Lebensbedingungen unterworfen. Im christlichen Europa wurden sie außerordentlich unterschiedlich behandelt. Spanien und Portugal ließen gar keine Juden herein, und jede Person jüdischer

Abstammung, die bei der Ausübung jüdischer Riten und Gebräuche überrascht wurde, lief Gefahr, bei lebendigem Leibe verbrannt zu werden. Das gleiche gilt für das südliche Italien und für Sizilien. In den Landstrichen Norditaliens, in denen Juden zu leben erlaubt war, wurden sie in Ghettos gesperrt, aus denen sie sich nicht über Nacht zu entfernen getrauten. Sie mußten besondere Abzeichen tragen, waren von allen Gewerben ausgeschlossen mit Ausnahme des Großhandels, der Pfandleihe, des Hausierens und des Handels mit getragenen Kleidern, und waren vielerlei schimpflicher Behandlung und Nachteilen ausgesetzt. Selbst die Kinder konnten



ihnen unter einem fadenscheinigen Vorwand weggenommen werden, damit sie als Christen aufgezo-gen wurden.

Die Lebensbedingungen in Deutschland waren die gleichen oder sogar noch schlechter. Ganze Landstriche und große Städte waren den Juden vollkommen verboten. Man zwang sie zur Bezahlung besonderer Zölle auf den Landstraßen. Die Anzahl ihrer Eheschließungen war begrenzt, um die jüdische Bevölkerung zahlenmäßig klein zu halten, und die Tatsache, daß es hier und da einflußreiche Hofjuden (wie z. B. den berühmten Jud Süß) vorübergehend zu großem Einfluß und zu Wohlstand brachten, kann den düsteren Farben des Bildes auch keinen Glanz verleihen. 1670 wurden die Juden aus Österreich, 1738 aus Württemberg, 1745 aus Prag und ganz Böhmen vertrieben. Im 14. Jahrhundert wurden sie aus Frankreich verjagt und hatten in der hier behandelten Zeit noch nicht wieder die offizielle Erlaubnis erhalten, dort zu leben. In den neuerworbenen französischen Ostprovinzen (Elsaß und Lothringen) gab es ein paar alteingesessene Gemeinden, die unter den gleichen elenden Lebensbedingungen wie die Juden in Deutschland mühselig ihr Leben fristeten. Einigen Marrano-Flüchtlingen aus Spanien und Por-

tugal war es in den Seehäfen des südwestlichen Frankreich Bordeaux und Bayonne erlaubt, mehr oder weniger heimlich ihrem jüdischen Glauben anzuhängen. Der größte Teil der europäischen Juden lebte in Polen — eine rechtlose, hoffnungslose, elende, rassische Minderheit, die unter dem dauernden Druck der Anklage stand, Ritualmorde zu begehen und nur wenig Hoffnung hatte, auswandern zu können. Rußland war „judenrein“. Es erlaubte den Juden nicht, sich anzusiedeln. Auf dem europäischen Kontinent bot nur Holland ein im allgemeinen günstiges Bild. Die jüdischen Gemeinden in England und in den Vereinigten Staaten stammten weitgehend aus Holland, dessen Geist sie beeinflusste. Holland muß tatsächlich von den in diesem Artikel vorgebrachten Verallgemeinerungen ausgenommen werden, da seine jüdische Gemeinde sozusagen dem neuen angelsächsischen (oder vielmehr atlantischen oder auch puritanischen) Kreis angehört. Doch selbst in Holland gab es trotz der im allgemeinen glücklichen Umstände gewisse Einschränkungen. In einigen Teilen des Landes (z. B. in Utrecht) durften sich Juden nicht niederlassen; es gab eine besondere Form des jüdischen Eides und eine besondere Besteuerung der Juden, und auch Gewalttätigkeiten kamen vor.

ihrem Geschmack kleiden. Sie konnten mit gewissen Einschränkungen jeden Beruf ergreifen. Sie waren keinen kränkenden Sondervorschriften oder Einschränkungen unterworfen. Sie durften christliche Diener und Angestellte beschäftigen. Sie brauchten vor dem Gericht keine erniedrigende Eidesformel zu sprechen oder besondere Steuern zu zahlen; und Nachteile, unter denen sie litten, richteten sich nicht gegen sie, sondern gegen alle, die nicht der anglikanischen Kirche angehörten.

Um es kurz zu sagen: Das Ghetto-System (hier mehr in seinem allgemeinen als in seinem wörtlichen Sinne: Bedrückung und Diskriminierung waren auch ohne die formale Einrichtung abgegrenzter jüdischer Stätteile möglich) wurde zu jener Zeit in ganz Europa — ausgenommen in Holland — angewandt. Es war in England und in den von England abhängigen Ländern nach der Wiederansiedlung der Juden im allgemeinen unbekannt. Das bedeutet einen grundlegenden Unterschied zwischen der Vergangenheit der Juden und der jüdischen Emanzipation in den angelsächsischen Ländern und in anderen Teilen der Welt: Ein Unterschied, den kontinentale Historiker außer acht lassen, der aber den Hintergrund der jüdischen Geschichte in diesen Ländern in der bedeutsamsten Weise von dem in Mittel- und Osteuropa unterscheidet. Weder in England noch in Amerika handelt es sich um eine „Emanzipation“ in kontinentalen Sinne — das heißt um die Entwicklung aus dem Zustand der Versklavung zur Freiheit — sondern um eine sich von Fall zu Fall langsam ausweitende Freiheit auf dem verfassungsmäßigen Sektor, wobei vielleicht eine gewisse gesetzliche Unterstützung eine Rolle gespielt haben mag. Manche von denen, die von 1933 an in unserer Mitte Zuflucht suchten und manche, die das Leben der Juden überhaupt auf eine ganz andere Grundlage stellen wollten, warnten uns dringend vor einem Rückfall in das Ghettoleben. Es ist hier nicht meine Aufgabe zu untersuchen, ob dieser Pessimismus gerechtfertigt war oder nicht. Doch darf hier die Tatsache hervorgehoben werden, daß unsere Vergangenheit kein Ghetto kennt.

## Wiederansiedlung in England

Wie der Zufall so manchmal spielt. Ungefähr zur gleichen Zeit, als die die „St. Charles“ die erste Gruppe jüdischer Auswanderer nach Neu-Amsterdam brachte, ließen sich die ersten Juden in England nieder (oder vielmehr wieder nieder nach einer Abwesenheit von 3½ Jahrhunderten). Es ist nicht notwendig, hier auf die Umstände oder auf die der Wiederbesiedlung vorausgegangenen Ereignisse einzugehen. Es darf nur ganz kurz gesagt werden, daß die ersten heimlichen-jüdischen Siedler um 1632 eintrafen, daß 1653 versichert wird, „es riecht in einigen Teilen unserer Stadt so offenkundig nach Juden“ wie in Amsterdam selbst, daß Menasseh ben Israel versuchte, die Wiederbesiedlung auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, als er 1655 nach London kam, und daß 1656 eine „offene“ oder „halboffene“ jüdische Gemeinde gebildet wurde. Es verdient besondere Beachtung, daß es keine offizielle Zulassungsgenehmigung gibt — kein formales Übereinkommen zwischen den jüdischen Vertretern und der Regierung, auf Grund dessen die Gemeinde gebildet wurde. Ein charakteristischer Zug der Wiederbesiedlung ist die Formlosigkeit, mit der sie geschieht: Oliver Cromwell entschloß sich, die Anwesenheit von Juden stillschweigend zu dulden, nachdem er erfolglos versucht hatte, den Rat zu seiner Ansicht zu bekehren (Cromwell dachte dabei an die Hilfe, die ihm die Juden leisten konnten. Außerdem war Cromwell religiös tolerant.). Da keine formale Genehmigung oder Abmachung vorlag, gab es natürlich auch keine Vorschriften; und da es keine Vorschriften gab, konnte sich das englische Judentum vollkommen ungehindert entwickeln. Dementsprechend erfolgte die Wiederansiedlung der Juden in England in einer Atmosphäre fast unbegrenzter

Freiheit. Das war das Charakteristische an der neuen Periode jüdischer Geschichte in den angelsächsischen Ländern, und das strahlte auch vom englischen Vaterlande auf die neue Welt aus.

Wie ich schon bei mehr als einer Gelegenheit an anderer Stelle sagte, setzte sich sozusagen von Anfang an eine soziale Emanzipation durch, wenn auch an eine politische Emanzipation nicht zu denken war (wie wäre das auch möglich gewesen, da Nicht-Konformisten und Römisch-Katholische davon ausgeschlossen waren). Die Juden, die sich von der Mitte des 17. Jahrhunderts an und weiterhin in England niederließen, konnten in jeder Stadt, die ihnen gefiel, und in jedem Stadtteil leben. Sie konnten sich nach

## Die einzelnen Phasen

Es lohnt sich vielleicht, die einzelnen Phasen des Konsolidierungsprozesses der jüdischen Siedler in den künftigen Vereinigten Staaten mit dem gleichen Vorgang in England zu ungefähr der gleichen Zeit zu vergleichen. Ich benutze zu diesem Zweck die vom amerikanisch-jüdischen 300-Jahresfeier-Ausschuß veröffentlichte sorgfältige Zusammenstellung. Wir haben gehört, daß die ursprünglichen Siedler, „Wanderer auf der Suche nach der Freiheit, einen Schimmer ihres Zieles in diesem kleinen niederländischen Dorf zwischen Wildnis und See“ — später als Neu-Amsterdam bekannt — erhaschten. Ihr erster Sieg war die am 16. April 1655 von der Niederländischen Ostindienkompagnie erhaltene Aufenthaltsgenehmigung. Seit Anfang des Jahrhunderts ist den Marrano-Siedlern in England das Wohnrecht tatsächlich nie bestritten worden. Auf der Whitehall-Konferenz, die im Dezember 1655 zusammentrat, um über Menasseh

ben Israels Vorschlag zu beraten, die Juden wieder zuzulassen, verkündeten die Rechtssachverständigen, es gäbe kein Gesetz, das die Juden aus England ausschloße. Ein Marrano spanischer Geburt, gegen den Klage als Verbündeter eines Feindes erhoben worden war, machte im Mai 1656 geltend, er sei Jude. Die Richter gaben seinem Einspruch statt. Damit war die Rechtmäßigkeit des Wohnsitzes von Juden in England als gesetzliches Recht und nicht als Sonderprivileg verankert — eine Tatsache, die zweifellos bei der 1664 unter englischer Herrschaft erfolgten Ansiedlung von Juden in Amerika nicht ohne Einfluß geblieben ist.

In der zweiten Konsolidierungsphase in New York, d. h. in Amerika, errangen die Juden das Recht, in der Bürgerwehr zu dienen. Diese Tatsache ist von amerikanischen Historikern vielleicht überbewertet worden — in einer Grenzstadt ist es weder leicht noch verständlich, auf die



Unterstützung eines brauchbaren Mannes zu verzichten. Die Lage in England war in dieser Hinsicht deshalb nicht die gleiche, und das Problem drängte noch nicht so bald auf eine Lösung. Nichtsdestoweniger stellte die Londoner Synagoge spätestens von 1685 an drei voll bewaffnete Soldaten der Bürgerwehr, die einberufen wurde, wenn der Friede bedroht war, und ein größeres Ausmaß an freiwilligem Militärdienst ließ nicht lange auf sich warten.

Als nächstes erwarb die amerikanische Gemeinde in New York das Recht zu reisen und zu handeln — in der ersten Phase entlang dem Hudson und dem Delaware Fluß (November-Dezember 1655). In diesem Zusammenhang ist für die englischen Juden etwas Wichtiges zu vermerken. Das Recht, frei zu reisen und Handel zu treiben, scheint von Anfang an im Wohnrecht einbegriffen gewesen zu sein. Die Art des Handels mag manchen örtlichen Beschränkungen unterworfen gewesen sein (wir müssen auf diesen Punkt noch einmal zurückkommen), aber die den Juden gegebene Reiseerlaubnis ist, soweit ich weiß, zu keiner Zeit ernsthaft bestritten worden. Das Recht zum und vom Wohnsitz zu reisen, und somit ganz allgemein das Recht zu reisen, war im Wohnrecht einbegriffen. Weiterhin war das Recht nicht örtlich begrenzt oder an irgendeine Stadt gebunden. Als den Juden gestattet wurde, sich in London niederzulassen, geschah dies auf Grund der Tatsache, daß sie gesetzlich das Recht hatten, ihren Wohnsitz im Lande zu nehmen, und es konnte ihnen nicht das Recht bestritten werden, sich irgendwo ihren Wohnsitz zu suchen. Sehr wenige Jahre nach der Wiederansiedlung, in einigen Fällen sogar vor Ende des 17. Jahrhunderts, leben schon Juden außerhalb Londons. In den ersten Jahren des 18. Jahrhunderts wurden in verschiedenen Provinzstädten besondere Gemeinden gebildet — lange bevor Spuren dauernder jüdischer Gemeinden in irgendeiner Stadt außerhalb New Yorks in den späteren Vereinigten Staaten zu finden sind. Ich glaube, England war zu jener Zeit das einzige Land in der westlichen Welt, in dem die Juden das uneingeschränkte Recht der Wohnsitzwahl besaßen.

Der Tatsache, daß die Neu-Amsterdamer Juden sich im Februar 1656 das Recht erwarben, einen eigenen Friedhof zu besitzen, darf nicht allzu große Bedeutung beigemessen werden. Wenn den Juden überhaupt die Erlaubnis erteilt wurde, im Lande zu wohnen, war das eine unvermeidliche Folge. Genau einen Monat und zwei Tage, nachdem den Neu-Amsterdamer Juden gestattet worden war, einen eigenen Friedhof zu besitzen, unterbreitete die von Menasseh ben Israel geführte Gruppe der Marranos Oliver Cromwell die Bitte, eine Synagoge besitzen zu dürfen, damit „die Toten unseres Volkes außerhalb der Stadt auf einem Platz begraben werden können in Übereinstimmung mit den Eigentumsgesetzen der Gegend, wo der Platz liegt“. Cromwells Antwort darauf ist uns nicht erhalten (sie wurde vermutlich mündlich erteilt), doch wurde das Totenhaus schon Anfang des folgenden Jahres übergeben, und kurz danach fanden dort öffentliche Begräbnisse statt. Die englischen und amerikanischen Konzessionen er-

folgten somit fast gleichzeitig. Um fast die gleiche Zeit (vermutlich im Sommer 1656) wurde, wie uns überliefert ist, eine eigene Gemeinde in London ins Leben gerufen, und Anfang 1657 eine halböffentliche Synagoge eröffnet. Die Leiter der Niederländischen Westindien-Kompagnie hatten am 14. Juni 1656 die

## Das Recht, eigene Häuser zu besitzen

Der nächste Schritt, durch den die kleine Gruppe New Yorker Juden ihre Stellung befestigte, war die Erlangung „des Rechts, eigene Häuser zu besitzen“. Die Tatsache allein läßt nicht erkennen, daß es sich hier um eine verworrene und in mancher Beziehung sogar widersprechende Maßnahme handelt. Der oben erwähnte Erlass vom 14. Juni hatte die Juden ermächtigt, Handel zu treiben und Grundbesitz zu kaufen. Die Frage des Eigentums von Grundstücken ist leichter in einem neuen Lande als in einem alten zu lösen. In England gab es auf diesem Gebiete allerhand Schwierigkeiten. Zuerst scheinen im Lande geborene oder eingebürgerte Juden tatsächlich Grundbesitz gekauft zu haben; manchmal sogar in großem Umfange. Als später ein überholtes mittelalterliches Gesetz ausge-

Weisung erteilt, den Juden die Abhaltung öffentlicher Gottesdienste in Neu-Amsterdam nicht zu erlauben. Bis zum Jahre 1730 ist dann auch nichts vom Bau einer Synagoge bekannt; die besonders schöne Bevis Marks-Synagoge in London hatte ihre Pforten zu jener Zeit schon 28 Jahre geöffnet.

graben wurde, das den Erwerb angeblich verbot, entstanden Zweifel, ob er gesetzlich gestattet sei. Von nun an wurde der Erwerb eingeschränkt. Nichtsdestoweniger bot sich in zweifelhaften Fällen ohne Schwierigkeit eine andere Möglichkeit: Der Erwerb mittels einer unbegrenzt langen Pachtzeit (z. B. auf 999 Jahre) zu einem tatsächlichen oder symbolischen Pachtzins — eine in England allgemein geübte Praxis. Im technischen Sinne „gehörte“ dem Inhaber das Land nicht, aber es wäre spitzfindig zu behaupten, daß ihm sein Haus nicht gehörte. Dieser Zustand beunruhigte niemanden, noch war der auf diesem Gebiet zwischen englischen und amerikanischen Juden bestehende Unterschied von wirklicher Bedeutung.

## Das Bürgerrecht

Andererseits verwehrt die oben erwähnte Vorschrift vom 14. Juni 1656 den Juden in Neu-Amsterdam das Recht, Einzelhandelsläden zu eröffnen oder Handwerke zu betreiben. Bei Behandlung dieses Punktes müssen wir auch das der kleinen jüdischen Gruppe als nächstes gewährte Recht in Betracht ziehen — nämlich das Bürgerrecht (20. April 1657). Das ist nun eine äußerst wichtige Angelegenheit, denn der Besitz des Bürgerrechtes war von großer Bedeutung. Dr. Jakob Marcus jedoch, der als die größte, heute lebende Autorität für die Geschichte der amerikanischen Juden gilt, äußert hierzu nach reiflicher Überlegung, daß „die Juden ... Bürger zweiter Klasse waren mit begrenzter wirtschaftlicher Freiheit ... sie sind nicht ... in den offiziellen Listen der ‚freien‘ Bürger der Stadt zu finden“. In England — oder zumindest in London, denn ich glaube nicht, daß in anderen Orten ähnliche Beschränkungen galten — waren die entsprechenden Bedingungen besonders schlecht; denn nach anfänglichem Zögern wurden die Juden vom Bürgerrecht der Stadt London formell ausgeschlossen, was ihnen die Ausübung handwerklicher Berufe und das Betreiben von Einzelhandelsläden im Stadtgebiet untersagte, auf das sich diese Vorrechte bezogen. Jedoch waren zu jener Zeit — und das ist wichtig — „London“ und die „Stadt London“ zwei verschiedene Gebiete, denn das Wohn- und Handelsarsenal dehnte sich weit, weit über den vom Bürgermeister und Gemeinderat regierten alten Stadtkern hinaus. Daher war diese Beschränkung praktisch bedeutungslos, obgleich sie eigentlich ärgerlich war. Wenn ein Jude die Absicht hatte, ein Einzelhandelsgeschäft oder eine kleine Fabrik zu eröffnen, dann mußte er sich außerhalb der Stadtgrenzen begeben. In New York gab es diese Ausweichmöglichkeit nicht. Für den Großhandel gab es

natürlich keine Beschränkungen; und als die Londoner Börse (die sorgfältig von der Effektenbörse zu unterscheiden ist, mit der sie selbst Fachleute häufig verwechseln) 1697 reorganisiert wurde, wurde ein Zwölftel der Plätze jüdischen Maklern und Agenten reserviert.

Politisch ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege zur Emanzipation im kolonialen Amerika war im 18. Jahrhundert die Zuerkennung des Wahlrechtes an die Juden, was es auf dem europäischen Kontinent bis zur französischen Revolution nicht gab. Erst viel später wurde es ein allgemeines Recht. Im Jahre 1737 wurden bei einer in New York bezeugten Wahl die von den Juden abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt mit der Begründung, die Juden in England besäßen kein Wahlrecht. 1761 jedoch wurden die Juden augenscheinlich ohne Schwierigkeiten zur Wahl zugelassen. Es ist nicht einfach, zuverlässig zu sagen, wie die Verhältnisse in England zu jener Zeit lagen. Der Wahlkommissar war ermächtigt, von den Wählern den Abschwörungseid zu verlangen, der gegen die Römisch-Katholischen gemünzt und in einer das jüdische Gewissen verletzenden Form abgefaßt war. Aber von diesem Recht wurde selten Gebrauch gemacht, und es darf angenommen werden, daß längere Zeit schon vor der amerikanischen Revolution im Lande geborene englische Juden, die die erforderlichen Voraussetzungen besaßen, sich an den Parlamentswahlen beteiligten, wenn sie wollten. Die politische Emanzipation der Juden im Jahre 1858 — von der wir wegen des Dramas, das sich während des Kampfes um die Gewährung abspielte, am meisten wissen — betraf nur ihre Zulassung zum Parlament.

Es ist notwendig, im Zusammenhang mit dieser Frage an dieser Stelle einige Zeilen einer berühmten früheren Episode der Geschichte der



englischen Juden des 18. Jahrhunderts zu widmen, die gewöhnlich auf beiden Seiten des atlantischen Ozeans falsch gedeutet wird und das ganze Bild zu verfälschen droht. 1763 stimmte das englische Parlament einem Gesetz über die Naturalisierung der Juden zu. Dies erregte Aufmerksamkeit, wurde von der Opposition aufgegriffen, rief eine übermäßige Erregung hervor und das Gesetz wurde daher noch vor Ende des Jahres widerrufen. Wegen dieses Vorfalles stellten ein paar Geschichtsforscher fest, daß das Judentum in England noch einmal in den Zustand des dunklen Mittelalters zurückgeworfen wurde. Der Kontrast zwischen diesem Rückschlag und dem Zustand der halben Emanzipation in Amerika ist oft genug betont worden. Aber diese Deutung ist vollkommen unzutreffend. Das jüdische Naturalisierungsgesetz beschäftigte sich nicht mit der Naturalisierung der englischen Juden. In England geborene Juden wurden von Anfang an als englische Untertanen betrachtet und auch entsprechend behandelt (auch in diesem Punkte war der Unterschied zu den Verhältnissen in einigen Ländern des Kontinents außerordentlich groß). Sie waren im Besitz aller Rechte eines Engländers mit Ausnahme derjenigen, von denen auch andere Nicht-Mitglieder der anglikanischen Kirche oder Nicht-Protestanten ausgeschlossen waren. Ausländische Juden kamen in den Genuß der gleichen Rechte, wenn sie naturalisiert oder „eingebürgert“ waren, aber das war eine schwierige und teure Angelegenheit. Das sogenannte „Juden-Gesetz“ war nur gemacht worden, um die Durchführung zu erleichtern und zu beschleunigen, und die Juden, die von ihm Gebrauch machten, würden nur die gleichen Rechte erreicht haben wie ihre in England geborenen Kinder. Nach Widerruf des Gesetzes mußten sie ihre Zuflucht wieder zu dem alten schwerfälligen Verfahren nehmen. Die Naturalisierung der Juden steht daher in gar keiner Beziehung zu der Frage der jüdischen Emanzipation. Die Aufhebung des Gesetzes war ein politisches Manöver. Doch trotz der flammenden Propaganda der Opposition sind, soweit ich es beurteilen kann, keine Gewalttätigkeiten vorgekommen.

Einige Jahre vorher wurde in den amerikanischen Kolonien eine sehr ähnliche parlamentarische Maßnahme zugunsten ausländischer Juden ohne Widerspruch angenommen, die ihre Ansiedlung fördern sollte. Es wurde davon nicht viel Gebrauch gemacht, abgesehen von einem wichtigen und erwähnenswerten Falle. Unter Berufung auf diese Maßnahmen wandte sich Aaron Lopez, der große Kaufmann von Newport, zusammen mit anderen ortsansässigen Juden um 1761 an das Unterhaus der Provinz Rhode Island. Sie wurden jedoch auf Grund eines örtlichen Gesetzes aus dem Jahre 1663 abschlägig beschieden, das bestimmt, daß „keine Person, die nicht dem christlichen Glauben angehört, als freier Bürger in diese Kolonie aufgenommen werden darf“. Hier ist die traditionelle Vorstellung von dem Unterschied zwischen dem intoleranten Vaterland und den toleranten Kolonien gerade auf den Kopf gestellt worden; das englische Parlament und die Kolonien hatten verschiedene Auffassungen, wobei sich die letz-

ten im schlechtesten Licht zeigten und das in einer Zeit, in der, ganz abgesehen von den Bestimmungen des kurzlebigen „Judengesetzes“, viele Juden in Westminster zwanglos „eingebürgert“ wurden. Lopez erreichte schließlich sein Ziel in Massachusetts. Es ist interessant — ich weiß nicht, ob es auch von Bedeutung ist — daß diese Kolonie zu diesem Zeitpunkt keine jüdische Gemeinde hatte.

Ich möchte nicht behaupten, daß die Juden in England im 18. Jahrhundert nur rosige Zeiten erlebten. Es gab genügend niederträchtige Angriffe in der Literatur. Es gab manche Mißhelligkeiten, sogar Schlägereien. Wenn auch keine Gewalttätigkeiten während der Aufregungen um das „Judengesetz“ überliefert worden sind (bis auf das Verjagen eines bekannten Juden aus dem Theater!), so muß doch für Juden das Leben in jenen Tagen nicht gerade erfreulich gewesen sein. Die bärtigen, seltsamen, jüdischen Hausierer machten manchmal böse Erfahrungen. Als 1771 einer Bande jüdischer Übeltäter eines besonders unerfreulichen Typus das Handwerk gelegt wurde, wurden fremde Juden in den Straßen angepöbelt. Aber im großen und ganzen fiel das nicht sehr ins Gewicht, und es war geringfügig im Vergleich mit den dauernden und vor allem physischen Bedrückungen, denen zu jener Zeit die kontinentalen Juden ausgesetzt waren. Auch in Amerika waren dergleichen Vorgänge nicht unbekannt. 1743 druckte eine der New Yorker Zeitungen einen Augenzeugenbericht ab über schmachvolle Szenen bei einem jüdischen Begräbnis, wo „ein lärmender Volkshaufen erschien, so daß die Leiche nur unter großen Schwierigkeiten beerdigt werden konnte“ und augenscheinlich christliche Worte am offenen Grabe heruntergebetet wurden. Ich kann mich nicht an ähnliche Vorfälle im 18. Jahrhundert in England erinnern.

Auf den vorangegangenen Seiten wurden natürlich nicht alle die sozialen Hindernisse und Schwierigkeiten aufgezählt, unter denen englische Juden zu jener Zeit wegen ihres Glaubens zu leiden hatten. Sie durften zum Beispiel keine Universitäten besuchen. Sie konnten somit nicht Ärzte werden (wenn sie sich jedoch woanders ausbildeten — zum Beispiel in Schottland, wo es keine Schwierigkeiten machte — konnten sie eine ärztliche Praxis ausüben). Sie waren nicht zur Rechtsanwaltschaft zugelassen, obgleich sie Rechtsanwälte werden konnten (und auch wurden). Es gab noch andere Beschränkungen und Ärgernisse, die ihr Leben erschwerten. Es waren jedoch alles keine „antisemitischen“ Maßnahmen: Gegen die Juden als Juden gemacht. Kein Gesetz aus jener Zeit richtete sich besonders gegen sie; sie wurden in keinem Parlamentsgesetz erwähnt — ausgenommen als das „Judengesetz“ widerrufen wurde — es sei denn, ihre Rechte wurden bestätigt oder erweitert. Alle Nachteile, unter denen sie litten, trafen alle, die nicht der anglikanischen Kirche angehörten. Für die Nicht-Konformisten waren sie weniger kränkend und konnten leichter umgangen werden. Für die Römisch-Katholischen waren sie drückender und

Nichtdestoweniger wäre es absurd zu leugnen, daß es den Juden im 18. Jahrhundert leichter fiel, sich der amerikanischen Umgebung als der ihres englischen Vaterlandes anzupassen. In einem neuen Lande ist der soziale Aufbau loser. Daher ist es für den Neuankömmling leichter, sich einzugliedern. Selbst an Orten, wo die anglikanische Kirche die offizielle Religion war, waren die Geister noch nicht so weit uniformiert, daß die Isolierung der Nicht-Konformisten gefordert wurde, während es an anderen Orten die verschiedensten Glaubensformen gab, von denen die jüdische Religion zwar als eine besondere exzentrische aber keineswegs anstößige Spielart angesehen wurde. In einer kleinen Gesellschaft wird jeder nach seinem Verdienst gewürdigt; selbst Fanatiker konnten es sich nicht erlauben, eine interessante und gebildete Person nur auf Grund ihres Glaubens aus dem Kreise auszustoßen. Eine sich ausdehnende Wirtschaft bot für jeden Entwicklungsmöglichkeiten, ohne dem Nachbarn dabei ins Gehege zu kommen. Es gab keine traditionellen Handels- und Industrieorganisationen, die sich gegen neue Gesichter und neue Methoden sträubten. Der jüdische Einwanderer- und natürlich auch der nichtjüdische — hatte es daher leichter sich einzuleben. Aber abgesehen von diesen Einschränkungen glichen sich der englische und der amerikanische Hintergrund weitgehend. Benjamin Disraelis Großvater würde nie von London in sein Geburtsland Italien zurückgegangen sein, wo er wieder im Ghetto gelandet wäre und wo man ihn gezwungen hätte, das schmachvolle jüdische Abzeichen zu tragen. Aber Franks' Kinder aus New York hätten wohl kaum einen Unterschied in ihrem persönlichen Dasein bemerkt, wenn sie in jenen Tagen zur Erziehung „nach Hause“ nach England gesandt worden wären.

## Religiöse Gleichberechtigung

wurden auch weitaus konsequenter gehandhabt. Die Formel, die die Juden so lange vom Unterhaus ausschloß, richtete sich ursprünglich gar nicht gegen die Juden. Ähnliche religiöse Einschränkungen gegenüber unpopulären religiösen Minderheiten gab es im 18. Jahrhundert auch in vielen Gebieten der amerikanischen Kolonie, und auch hier litten bei Gelegenheit die Juden zufällig darunter.

Die soziale Emanzipation, die ein Teil des gemeinsamen Erbes der englischsprechenden Welt ist, erhielt ihren formalen Ausdruck und ihre Vollendung bei der Bildung der amerikanischen Unabhängigkeit. Die Verfassung, die die Vereinigten Staaten 1787 annahm, setzt fest, daß kein Religionstest als Qualifikation für ein Amt verlangt werden dürfe. Stärker als die französischen Verordnungen der späteren Jahre begründete diese Bestimmung die Tradition der jüdischen Emanzipation in der modernen Welt. Der Leser darf daran erinnert werden — vielleicht sogar auch der amerikanische Leser — daß diese Bestimmung nur für Positionen im Bereich der Bundesregierung galt. In den Einzelstaaten hinkte die Emanzipation jämmerlich nach. Die religiöse Gleichberechtigung war in der Verfassung des



Staates New York (1777) verankert. Virginia gewährte in Jeffersons berühmtem Gesetz aus dem Jahre 1785 volle religiöse Freiheit. Aber die Verfassung von North-Carolina schloß Juden und Katholiken ausdrücklich von allen öffentlichen Ämtern aus. Obgleich diese Einschränkung bald nachlässig gehandhabt wurde, konnte Jacob Henry nach den Wahlen im Jahre 1808/09 nur mit den größten Schwierigkeiten seinen Sitz in der gesetzgebenden Körperschaft einnehmen. Die Klausel blieb bis 1868 in Wirkung. In Maryland wurde die Emanzipation erst 1825 Wirklichkeit. In New Hampshire konnten Juden und Katholiken bis 1876/77 für gewisse Ämter nicht gewählt werden. Zu jener Zeit waren die englischen Juden schon seit fast einer ganzen Generation vollkommen emanzipiert. Der Grund, warum die formale Vollendung des Emanzipationsprozesses so lange Zeit in Anspruch nahm, mag darin zu suchen sein, daß die Nachteile, unter denen die englischen Juden zu leiden hatten, relativ gering waren. 1858 war es ihnen nur noch untersagt, einen Sitz im Parlament einzunehmen — eine Einschränkung, die vielen gleichgültig war. Ein trockener Vergleich von Daten kann natürlich zu Irrtümern führen, und es besteht dann die Gefahr, daß die

ganze Argumentation in Spitzfindigkeiten endet. Es ist ein Irrtum, die englischen Juden bis 1858 für rechtlos, wie die amerikanischen Juden bis 1877 für nicht emanzipiert zu halten. Ich weiß nicht genau, ob die Ausnutzung der politischen Rechte — abgesehen von ihrem Besitz — nicht in England schnellere Fortschritte machte als in den Vereinigten Staaten. Gewiß gab es in England eine Anzahl Juden in hohen Stellungen, lange bevor dies der Fall in den Vereinigten Staaten war.

Dieser Aufsatz beschäftigte sich zwangsläufig in der Hauptsache mit Einzelfragen. Dadurch wurde das allgemeine Bild und besonders seine positiven Seiten beeinträchtigt. Denn das Wichtigste an der sozialen Emanzipation der Juden in England und auch in Amerika in den vor-revolutionären Tagen war nicht die Überwindung dieser oder jener Benachteiligung oder der Besitz dieser oder jenes Privilegs, sondern ihre allgemeine Stellung innerhalb der Gesellschaft. Nicht die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen leiteten die neue Epoche jüdischer Geschichte zu beiden Seiten des atlantischen Ozeans ein, sondern die neue gesellschaftliche Stellung der Juden.

## Gemeinsame geschichtliche Erfahrungen

In Amerika wurde die Entwicklung vermutlich dadurch beschleunigt, daß die gehobene Gesellschaftsschicht klein und neu war. In England dürfte die große Masse neu ankommender armer Juden aus Mitteleuropa sie verzögert haben, doch bietet sich im großen und ganzen das gleiche Bild. Die Juden lebten in denselben Straßen oder in Landhäusern in denselben Landstrichen wie ihre christlichen Mitbürger, und sie hatten den gleichen Lebensstil. Sie zogen sich nach der gleichen Mode an, sie aßen weitgehend die gleichen Speisen (obgleich die eine oder andere vielleicht nach jüdischem Ritus zubereitet war und wehmütige Erinnerungen an den Kontinent wachrief). Ihre Haushalte ähnelten sich. Sie gingen ins gleiche Schauspielhaus, sie zerstreuten sich bei den gleichen sportlichen Spielen, sie lasen weitgehend die gleichen Bücher, sie schimpften zusammen über die Regierung, sie liebten die königliche Familie hochleben oder verjagten sie, sie verloren ihr Geld bei den gleichen Glücks-

spielen, sie verbrachten die Sommer in den gleichen Badeorten, sie verkehrten miteinander auf gleichem Fuße.

Solomon da Costa Athias, der 1761 den Grundstock zur hebräischen Sammlung im Britischen Museum legte, war ein ländlicher Philantrop, der in der Gesellschaft der Umgebung seines Wohnsitzes in Essex eine gewisse Rolle spielte und dessen Stimme bei den Landbesitzern seiner Nachbarschaft viel Gewicht hatte. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der anglo-amerikanischen Familie Franks in Isleworth bei London und ihren Nachbarn gaben während der Aufregung über das „Judengesetz“ zu boshafte Kommentaren Anlaß. Horace Walpole, der Briefschreiber, verkehrte frei mit seinen jüdischen Nachbarn in Twickenham — besonders mit den Familien Franks und Salvador (die letztere hatte auch amerikanische Verwandte) und mit dem Gartenliebhaber Abraham Prado, wie aus einem halben Dutzend Stellen seiner Korres-

pondenz hervorgeht. Judith Levy, „die Königin von Richmond Green“, die noch als sehr alte Frau die Große Synagoge wieder aufbaute, war gegen Ende des Jahrhunderts eine geachtete Persönlichkeit der Gesellschaft. Sie spielte mit ihren aristokratischen Bekannten, unter denen sich die Gräfin von Yarmouth, Lady Holderneß und Lord Stormont befanden, Quadrille (Kartenspiel) um eine halbe Guinee. Der Tod von Moses Franks im Jahre 1789 betrübe seinen engen Freund und Nachbarn General Cowper sehr. Sampson Gideon und Joseph Salvador berieten die englische Regierung in Finanzfragen.

Ein Jude beteiligte sich an der Verschwörung für den ältesten Sohn Jakobs II. und wurde in den Gordon-Aufständen hingerichtet. Einem halben Dutzend Personen jüdischer Abstammung wurde die begehrte Ehre zuteil, in die Royal Society (Vereinigung Gelehrter) gewählt zu werden, deren Schriftführer der eigensinnige Emanuel Mendes da Costa war. Solomon Mendes war ein enger Freund der Dichter Richard Savage und James Thomson (Autor des Buches „Die Jahreszeiten“) und stand in freundschaftlichem Briefwechsel mit dem Verleger Robert Dodsley. Man könnte sicher mühelos weitere Beispiele familiärer Vertraulichkeiten in den niedrigeren — und auch niedrigsten — Kreisen der Gesellschaft finden. Die soziale Emanzipation bereitet den Boden für die politische Emanzipation (die dadurch andererseits an Dringlichkeit einbüßte). Die wahllos herausgegriffenen Beispiele genügen sicher als Beweis, daß es sich hier um kein auf die neue Welt beschränktes Phänomen handelte.

Im großen und ganzen stellte das amerikanische Judentum in der Periode seiner Bildung im 18. Jahrhundert nur einen Mikrokosmos — nicht bis in alle Einzelheiten zwar — des englischen Judentums dar. Wir Juden der angelsächsischen Welt haben nicht nur durch ein gemeinsames Schicksal und die gleiche Sprache, sondern auch durch ähnliche geschichtliche Erfahrungen ein Gemeinschaftsgefühl erworben.

### Anmerkung

Cecil Roth, geb. 1889 in London, Universitätsausbildung in Oxford. Autor zahlreicher Veröffentlichungen über die jüdische Geschichte, Standardwerk: „Geschichte der Juden in England“ (1941)







---

---

# POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Chester Bowles: „Zweiparteienpolitik für Asien“
- Dieter Ehlers: „Die Methoden der Beck-Gördeler  
-Verschwörung“
- Walter Ehrenstein: „Die Mitarbeit der Schule gegen  
den Massegeist“
- Kurt Georg Kiesinger: „Haben wir noch den Bürger?  
Die Problematik des Parteienstaates“
- Helmut Krausnick: „Vorgeschichte der militärischen  
Widerstandsbewegung bis zum  
Ausbruch des 2. Weltkrieges“
- Theodor Schieffer: „Des Winfrid Bonifatius geschichtliche  
Sendung“
- Kurt Sendtner: „Die militärische  
Widerstandsbewegung  
vom Ausbruch des 2. Weltkrieges  
bis zum Beginn des Westfeldzuges“
- Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“
- . . . „Urkunden zur Judenpolitik  
des Dritten Reiches“
- 
-